

Uni-Finanzierung durch Bund: Es wird schwierig

Im Interview rief Uniratspräsident Beat Oberlin nach einer Bundes-Finanzierung. Politikerinnen dämpfen Erwartungen.

von Claude Bühler



Im Bild: Das Kollegiengebäude der Universität Basel. Bild: Christian Flierl

Wenn Uniratspräsident Beat Oberlin «befehlen» könnte, dann müsste sich der Bund für die Finanzierung der Universität Basel einsetzen. Das sagte Oberlin im [Interview](#) mit Prime News. Ähnlich, wie dies für die Institute ETH oder EPFL in Milliardenhöhe bereits der Fall ist. Oberlin will also die Frage diskutieren, ob die heutige bikantonale Trägerschaft der beiden Basel in dieser Form noch das richtige Modell ist. Hoppla.

Das bedeutete eine Umwälzung der Strukturen. Im Moment endet die Debatte um die Finanzierung der schweizweit ältesten Alma Mater aber jeweils im bikantonalen Dauergezänk: Zu wenig Geld! Baselbiet will weniger zahlen! Sparforderungen! Defizite! Alle vier Jahre Spar-Diskussionen, das gehe nicht, findet Oberlin.

Er geht damit während der laufenden Verhandlungen zwischen den beiden Basel zur Leistungsperiode 2026 – 2029 in die Offensive. Fakt ist aber: Die Universität Basel muss 2025 Reserven in der Höhe von 44,4 Millionen Franken einsetzen, um ein ausgeglichenes Budget vorlegen und die Teuerung bezahlen zu können. Die Perspektive für die Uni? Unklar.

LDP-Präsidentin: «Erhoffen uns von Oberlin weitere Fortschritte»

Wie weiter? Dass die Uni Basel mehr und nicht weniger Geld braucht, dafür bringt sich LDP-Präsidentin Patricia von Falkenstein seit Jahren in aller Deutlichkeit ein. Insofern

begrüssst sie auf Anfrage Beat Oberlins Ruf nach ausreichenden Mitteln: «Das ist für den Forschungs- und Pharma-Standort absolut vordringlich.»

«Von Oberlin als Baselbieter Uniratspräsident erhoffen wir uns weiterhin, dass es bei den Verhandlungen Fortschritte und nicht weitere Einsparungen gibt», ergänzt die LDP-Nationalrätin mit leiser Kritik.

«Es ist beim Status quo wichtig, dass hier keine Sparübungen auf dem Buckel der Zukunft seitens Basel-Stadt und Baselbiet getätigt werden», betont auch SP-Nationalrätin Sarah Wyss.

Einen Sparkurs bei der Uni befürwortet auf Anfrage nicht einmal der Baselbieter FDP-Präsident Melchior Buchs. Seine Partei hatte in den vergangenen Jahren immer wieder Druck bei den Finanzen gemacht. FDP-Bildungsdirektorin Monica Gschwind äusserte im letzten Jahr sogar die Bereitschaft, eine Reduktion des Leistungsangebots an der Uni zu diskutieren.

FDP-Präsident: Basel-Stadt soll anteilmässig mehr bezahlen

Buchs sagt jetzt aber bezüglich der Uni-Finanzierung: «Die Bildung ist der letzte Punkt, wo gespart werden soll. Schliesslich ist das unsere Ressource», so der ehemalige Reinacher Gemeindepräsident. Sein grosses Aber: Der Kostenverteiler soll sich nach der Steuerkraft richten. Sprich: Basel-Stadt soll anteilmässig mehr bezahlen.

Ob jemand mehr oder weniger bezahlt: «Die beiden Basel sollen sich zusammenraufen und einen Modus vivendi finden. Wenn unsere Alma Mater geschwächt wird, dann schadet das der ganzen Region», sagt Mitte-Nationalrätin Elisabeth Schneider-Schneiter.

Die Handelskammer-Präsidentin ergänzt: «Ebenso wichtig sind Drittmittel. Es braucht Anreize für unsere Grossunternehmen, ihre Forschungsprojekte vermehrt mit der Uni Basel anzugehen.» Eine wirtschaftsfreundliche Umsetzung der OECD-Mindeststeuer sei Voraussetzung dafür.

Mühsames Ringen mit den Nicht-Trägerkantonen

Potential erkennen Sarah Wyss und GLP-Nationalrätin Katja Christ bei den Beiträgen von Nicht-Trägerkantonen. Oberlin hatte beklagt, dass zum Beispiel für einen Studenten aus dem Kanton Aargau nur ein Viertel von der Beitragshöhe bezahlt wird, die Basel-Stadt oder das Baselbiet stemmen: «Das ist nicht akzeptabel.»

«Es kann nicht sein, dass wir – also beide Basel – diese Quersubventionierungen vollziehen», sagt Wyss. Katja Christ: «Die Beiträge der Nicht-Trägerkantone müssten an die tatsächlichen Kosten angepasst werden, um eine fairere Verteilung der finanziellen Verantwortung zu erreichen.»

Aber laut Christ wird das kompliziert, aufwendig und mühsam. Dies erfordere nämlich «politische Kompromissbereitschaft und eine Änderung des interkantonalen Universitätsvertrages» oder «allenfalls gesetzliche Grundlagen – mit den entsprechenden Schwierigkeiten, für diese in Bundesbern Mehrheiten zu beschaffen.»

Es sei davon auszugehen, dass die Nicht-Trägerkantone sich wohl gegen höhere Beiträge wehren werden, insbesondere wenn sie in ihren eigenen Budgets wenig Spielraum sehen. Zudem, so Christ, müsste ein transparentes System entwickelt werden, das die Kosten realistisch erfasst und Streitigkeiten zwischen den Kantonen minimiert.

Sarah Wyss: «Eidgenössische Lösung forcieren»

Ebenso steinig, wenn nicht gar als unmöglich, beurteilen die Politikerinnen die Variante «Bund». Dass der Bund mehr Mittel frei macht, hält Patricia von Falkenstein «in der gegenwärtigen Lage» für illusorisch. Bereits Ende September 2023 ist sie mit einem Vorstoss an den Bundesrat gelangt, die Kantone im Bereich Bildung, Forschung, Innovation (BFI) mit einer temporären Zusatzfinanzierung auszustatten, damit das hohe Niveau gehalten werden könnte.

Antwort der Landesregierung: Eine höhere Beteiligung könne vom Bund weder gefordert noch verhandelt werden. Dies widerspreche der Finanzautonomie der Kantone. Entsprechend ist es für von Falkenstein vordringlich, dass beide Basler Kantone weiterhin

«ihren Beitrag» leisten, so dass die Uni «unbedingt» international wettbewerbsfähig bleiben könne.

Einen «absoluten Gegentrend» sieht auch Sarah Wyss: Die Hochschulstandorte könnten inskünftig sogar noch mehr in die Pflicht genommen werden, selbst in Lehre und Forschung zu investieren. Die SP-Nationalrätin meint aber, dass es – analog den Forschungsinstituten ETH/EPFL – Disziplinen gebe, bei «welchen wir eine eidgenössische Lösung forcieren müssen. Hier denke ich im Besonderen an die Medizin. Da steuern wir in einen Fachkräftemangel oder wir befinden uns bereits da.»

Schneider-Schneiter: «Stabilisierungsabkommen mit EU wichtig»

Ob die Finanzierung via Bund oder via alle Kantone gleichmässig erfolge, müsse noch diskutiert werden. Wyss: «Klar ist aber, wenn der Bund mehr Aufgaben übernimmt, müssen auch mit Blick auf die aktuelle Finanzlage mehr Steuererträge zum Bund fliessen.»

Die Zeichen stünden jedoch schlecht. Erst gerade wurde im Nationalrat Wyss' Vorstoss für eine eidgenössische Hochschule für Medizin im Stil der ETH abgelehnt.

Als interessanten Ansatz bezeichnet Katja Christ die Variante Bund: «Der Bund könnte seine Grundbeiträge erhöhen oder gezielt in Forschungsprojekte und strategische Infrastruktur investieren.» So könnte die internationale Wettbewerbsfähigkeit der Universität gestärkt werden.

Doch es gebe auch Risiken. «Eine zu starke Bundesfinanzierung könnte die Universität in Abhängigkeit bringen und in Krisenzeiten wie aktuell bei einem strukturellen Defizit zu Einsparungen führen.» Tatsächlich wollte der Bundesrat letztes Jahr 100 Millionen Franken bei ETH und EPFL streichen.

Die Wettbewerbsfähigkeit und Finanzierung der Uni Basel hängt jedoch auch von einem anderen politischen Schauplatz ab: «Umso wichtiger ist ein baldiger Abschluss des Stabilisierungsabkommens mit der EU», sagt Elisabeth Schneider-Schneiter. «Dass wir lange nicht von den Honigtöpfen des europäischen Forschungsprogramms profitieren konnten, ist selbstverschuldet.»